

Das Dilemma des Dschihad

Politische Teilhabe zerstört den Nimbus des Märtyrertums

von Christoph Reuter

Die islamistische Bewegung hat sich in zwei Strömungen aufgespalten: Zwischen Gruppen wie der Hamas und den Muslimbrüdern, die – erfolgreich – an Wahlen teilnehmen, und Dschihadisten wie Al-Qaida, die einen Radikalismus herbeibomben wollen, tut sich eine tiefe Kluft auf. Die einen werden zu politischen Parteien, die anderen sprengen sich ins Abseits.



CHRISTOPH REUTER, geb. 1968, studierter Islamwissenschaftler, ist Reporter des *Stern*. Jüngste Buchveröffentlichung: „My Life is a Weapon“ (2006).

Seltsames geschah vergangenen Oktober in einer Kleinstadt nördlich von Bagdad, im Herzen des „sunnitischen Dreiecks“, wo sich US-Truppen nur in schwerbewaffneten Konvois bewegen: Es waren die Tage vor dem landesweiten Referendum über die neue irakische Verfassung, und Abu Theeb, Führer der lokalen Rebellengruppe, erklärte seinen Männern die neue Maxime: „Aus Bagdad traut sich niemand her von der Wahlkommission – also werden wir die Wahllokale schützen!“ Einige seiner langbärtigen Kämpfer waren verwirrt: Hatte nicht bei den letzten Wahlen ihr Beitrag noch darin bestanden, möglichst viele Wahlhelfer zu bedrohen oder umzubringen sowie die örtlichen Wahllokale in die Luft zu sprengen? Und nun sollten sie selbige beschützen?

Ja, erwiderte Abu Theeb: Wenn sie die neue Verfassung verhindern wollten, dann müssten sie dagegen stimmen. Das Wahllokal niederzubrennen, wenn man gegen den Gegenstand der Abstimmung sei, helfe nur ihren Feinden. Abu Theeb setzte sich durch. Am Wahltag beschützte seine Kampfgruppe die Urnen und ermutigte die Bewohner zur Stimmabgabe. „Politik ist für uns wie verdorbenes Fleisch“, legitimierte er eher unkoranisch den jähen Kurswechsel: „Wir dürfen das eigentlich nicht essen. Aber wenn man gerade eine Wüste durchquert und das Überleben davon abhängt, dann, sagt Gott, ist es okay!“¹

Schon Monate zuvor hatte seine Gruppe, die als „Brigade des Zornes“ mit selbstgebauten Sprengsätzen US-Militärfahrzeuge angreift und Kollaborateure ermordet, den gemeinsamen Kampf mit jenen Dschihadisten abgelehnt, die den Irak nur als eine Etappe auf dem Weg zum Sieg des Islams mittels Selbstmordanschlägen sehen. Als einige Kämpfer aus Syrien kamen, sich als Al-Qaida-Truppe ausgaben und Geld und Waffen anboten, winkten Abu Theebs Männer ab: Es sei nicht ihre Ideologie, außer den Besatzern auch alle Muslime umzubringen, die anderer Ansicht seien. „Wir kämpfen gegen die Besatzer, aber durch ihre Anschläge auf schiitische Moscheen macht Al-Qaida die irakischen Schiiten zu Todfeinden der Sunniten. Mittlerweile haben wir mehr Männer durch schiitische Attacken als durch Amerikaner verloren.“

Es sind kleine Risse, überdies schwer verifizierbar in einer Gegend, die für Journalisten kaum mehr zu bereisen ist. Aber auch an anderen Orten im sunnitischen Dreieck, in Ramadi und Samarra, hat es bereits Kämpfe gegeben zwischen islamistischen Aufständischen nationalistischer Ausprägung und den nihilistischen Gefolgsleuten Osama Bin Ladens und Abu Musab az-Zarqawis.

Diese Spaltungstendenz ausgerechnet in jenem Kampfgebiet, das militanten Islamisten einen enormen Resonanzboden und Zulauf verschafft hat, ist Symptom fürs Auseinanderdriften des islamistischen Lagers insgesamt: im Irak, in

¹ *The Guardian*, 27.10.2005.

Nordafrika, unter Palästinensern, in der Diaspora. Zwei große Strömungen lassen sich ausmachen: Islamistische Parteien auf der einen Seite, die als nationalistische Bewegungen mit halbwegs verhandelbaren Zielen entstanden (Hamas in den Palästinensergebieten, Muslimbrüder in Ägypten, Hisbollah im Libanon) und immer stärker in Richtung Systemteilhabe tendieren, an Wahlen teilnehmen und selbige, wenn sie Pech haben, gewinnen. Auf der anderen Seite steht die Internationale der Dschihadisten, die jede Form organisatorischer Struktur zusehends verliert. Und deren zivile Anschlagziele (im Irak, in Madrid, London und Amman) immer heftiger, selbst von ehemaligen Anhängern, kritisiert werden.

So sehr sich beide Blöcke über lange Zeit ähnelten mit ihrer markigen Rhetorik, ihren Selbstmordanschlägen auch gegen Zivilisten, ihren nominellen Zielen einer (Re-)Islamisierung ihrer Gesellschaften, so unterschiedlich waren sie doch stets im Aufbau, und so entgegengesetzt sind sie heute im Handeln. Während Hamas & Co. auf dem Weg der Islamisierung der Gesellschaft und durch Wahlen eine Machtübernahme von unten anstreben, verkünden die Dschihadisten eine utopistische Version der Islamisierung, die nach einer vor allem militärisch errungenen Machtübernahme von oben stattfinden werde. Über die grundsätzlichen Unterschiede hinaus entwickeln beide Strömungen derzeit ihre eigene Dynamik, welche die Driftgeschwindigkeit voneinander fort erhöht – wobei sie beide, auf unterschiedliche Art, an ihren Erfolgen kranken.

Für diese Tendenzen sind zum einen interne Gründe in den jeweiligen Ländern verantwortlich (wie der Tod Arafats und die maßlose Korruption der palästinensischen Verwaltung unter Führung der Fatah), stärker aber externe. Die US-Invasion im Irak hat sowohl eine Mobilisierung als auch die Radikalisierung von Islamisten weltweit erzeugt. Im Gegensatz zum israelisch-palästinensischen Konflikt bietet der Irak mit seinen porösen Grenzen und seiner Anarchie im Inneren Märtyrer-Freiwilligen aus anderen Ländern die Möglichkeit, dorthin zu reisen, dort zu morden und zu sterben. Das hat die Bereitschaft zur Militanz insgesamt erhöht, wie die zahlreichen Anschläge von Al-Qaida-Anhängern in Ländern wie Saudi-Arabien, Marokko, Jordanien, Ägypten, England und Spanien zeigen, vom Irak ganz zu schweigen.

Die Dschihadisten lösen sich immer weiter von Befehlen, Führung, organisatorischer Struktur; der ideologische Kern vervielfältigt sich übers Internet und wird von beliebig erscheinenden Grüppchen heruntergeladen und umgesetzt. Entgegen allen Mutmaßungen konstatiert der im April bekannt gewordene Untersuchungsbericht zu den Anschlägen vom 7. Juli 2005 in London, dass die Attentäter keinerlei Verbindung zu Al-Qaida-Instrukteuren oder anderen Gruppierungen besaßen² – was sich deckt mit den Ergebnissen des früheren CIA-Agenten und Psychiaters Marc Sageman vom „Foreign Policy Research Institute“ in Philadelphia, der seit 2002 die Beziehungen innerhalb der Attentätergruppen von 9/11, vom Anschlag in Madrid 2004 und weiteren Terrorakten erforscht hat. Allen Gruppen gemein ist ein wiederkehrendes Muster: Die Kernzellen der Attentäter bestanden aus Freunden, die sich schon lange kannten, sich aus eigenem Antrieb radikalisierten, den Wunsch

Spaltungstendenzen im Irak sind Symptom für das Auseinanderdriften des islamistischen Lagers.

² *The Independent*, 10.4.2006.

Ist der Nahe Osten noch zu retten?

zum Anschlag entwickelten, sich Anleitungen zum Bombenbau aus dem Internet beschafften – und erst dann, wenn überhaupt, Kontakt zu bestehenden Terrornetzwerken suchten. Mit dem Verlust organisatorischer Strukturen geht eine Loslösung von gemeinsamen Zielen einher. Jeder bombt auf eigene Rechnung, tötet wahllos und bringt damit die Bevölkerung der betroffenen Länder gegen sich auf – auch der islamischen.

Es war eine mörderische Ironie dieses beliebigen Tötens, dass sich bei den Anschlägen am 9. November 2005 in Amman unter den Toten auch der syrische Regisseur Mustafa Akkad befand – der mit „Löwe der Wüste“ über den Widerstand libyscher Mudschaheddin gegen die italienische Armee Anfang des 20. Jahrhunderts 1981 einen der wenigen Filme gedreht hatte, die auf dschihadistischen Websites ausdrücklich gepriesen werden. Gegen die Anschläge gingen in Jordanien Zehntausende auf die Straße. Und als im Irak zwei marokkanische Diplomaten entführt wurden, zogen 150 000 Demonstranten in Casablanca auf gegen die Drohung, die beiden zu ermorden.

Paradoxien des Märtyrertums

In ihren Anfängen haben beide islamistischen Strömungen das traditionsgesättigte Paradoxon des Märtyrertums für sich vereinnahmt, das eine Situation der Unterlegenheit und insbesondere den Tod des Einzelnen ummünzt in einen Sieg des Willens und die Unmöglichkeit, besiegt zu werden. Hisbollah, Hamas und Al-Qaida haben so agiert. Vor allem die Dschihadisten, die letztlich aus-

Jeder bombt auf eigene Rechnung – und bringt die Bevölkerung gegen sich auf.

schließlich nach diesen Regeln operieren, waren so lange erfolgreich, wie sie den Nimbus des Opfers aufrechterhalten konnten. Wenn diese Parasiten des Zornes aber gewinnen, erfolgreich Anschläge verüben, verlieren sie – als zeitigten die Regeln des Märtyrertums in ihrer dialektischen

Verkehrung von Niederlagen in Siege auch den umgekehrten Effekt: Nichts schadet den Dschihadisten mehr als ein erfolgreicher Anschlag in arabischer Umgebung. Das zeigen sowohl die steigende Zahl von Fatwas selbst ehemaliger Parteigänger Al-Qaidas³ gegen deren Terrorakte als auch die rapide sinkende öffentliche Zustimmung.

Wie begrenzt ihre Handlungsoptionen sind, belegt zudem der unerwartete Erfolg der zweiten großen amerikanischen Einmischung: Die US-Kampagne für eine Demokratisierung des Nahen Ostens mag zwar ein Verlegenheitsparadigma sein (nachdem sowohl Massenvernichtungswaffen wie Al-Qaida-Kontakte in Saddams Irak nicht zu finden waren). Aber sie hat in Bezug auf die Dschihadisten deren Isolierung beschleunigt, da sie die schiere Idee von Demokratie und Wahlen nun erst recht ablehnen als Oktroi der verhassten „Kampagne der Kreuzfahrer“, was in den Internetdebatten zur Wahlbeteiligung islamistischer Parteien nachzuverfolgen ist.⁴

Denn den Bildern von Abu Ghraib, der fortgesetzten israelischen Landnahme in der Westbank und allen anderen Gründen des islamischen Aufbegeh-

³ Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang die schriftlich geführte Auseinandersetzung zwischen Zarqawi und dessen einstigem Zellengenossen, Scheich Mohammed al-Maqdisi, der Zarqawi vorwarf, sein Mordwahn beschmutze den wahren Dschihad und sei ein Irrweg; auf Deutsch in *Die Weltwoche*, 25.8.2005, im Original: www.mahjoob.com/en/forums/showthread.php?t=126776.

⁴ Reuven Paz: *The Islamic Debate over Democracy: Jihadi-Salafi Responses to Hamas' Victory in the Palestinian Elections*, The Project for the Research of Islamist Movements, Occasional Paper 1/2006, zu finden unter www.e-prism.org.

rens zum Trotz: Das amerikanische Eintreten für Demokratie in der arabischen Welt ist auf einen bereits bestehenden Trend islamistischer Parteien getroffen, sich um den Preis programmatischer Kompromisse an Wahlen zu beteiligen. Das manifestieren zwei spektakuläre Erfolge in letzter Zeit: Erst gewannen die Muslimbrüder in Ägypten trotz massiver Wahlfälschungen und Behinderungen 88 von 454 Sitzen bei den Parlamentswahlen im November/Dezember 2005. Ausgerechnet gegen den Präsidenten trat dabei in Hosni Mubaraks Wahlkreis die einzige Kandidatin der Muslimbruderschaft an; Mubaraks Vize Youssef Wali verlor sein Mandat sogar an die erfolgreiche Konkurrenz.

Im Januar kam der Lackmустest für den Wechsel vom bewaffneten Kampf zur Politik: Hamas gewann bei den palästinensischen Parlamentswahlen 74 von 132 Sitzen. Niemand, nicht einmal die Hamas-Führung selbst, hatte mit einem solchen Erdrutschsieg gerechnet. Sie hatte ihn mehrheitlich auch nicht gewünscht; wissend ums Dilemma der folgenden Verantwortung, hatten Hamas-Führer schon vor der Wahl Fatah eine Regierung der „nationalen Einheit“ vorgeschlagen⁵ – doch siegten sie mit absoluter Mehrheit, was schlagartig die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf allen Seiten bloßlegte. Israel behielt umgehend die der palästinensischen Regierung zustehenden Steuereinnahmen ein; Washington signalisierte, zwar für Demokratie zu sein, aber nur so lange, wie genehme Parteien gewinnen.

Auf der anderen Seite aber ist die Hamas-Führung bis heute nicht imstande gewesen, sich zu einer Anerkennung des Oslo-Abkommens und zu einer Revidierung ihrer Charta von 1988 durchzuringen, in der die Vernichtung Israels gefordert wird – woraufhin auch die EU, bisher Großfinanzier der palästinensischen Verwaltung, ihre Zahlungen vorerst einstellte. Im dschihadistischen Diskurs im Internet wird der Hamas mittlerweile der Status des Verräters angedroht, falls sie westlichen Forderungen nachgebe; den Palästinensern (deren 165 000 Staatsangestellte seit Monaten kein Gehalt mehr bekommen) droht dagegen der Totalbankrott, falls sie nicht nachgeben. Was tun? In der Zwischenzeit haben die erschrockenen Hamas-Funktionäre in Ramallahs größtem Buchladen Dale Carnegies Lehrbücher über Managementmethoden aufgekauft.⁶

In Ägypten wie in Palästina speiste sich die Wählerschaft der Islamisten, so Analysten, nicht nur aus deren Anhängern, sondern vielfach aus der Unzufriedenheit vieler mit der Korruption und Ignoranz der Regierungen. Was sich auch darin widerspiegelt, dass selbst 60 Prozent der Hamas-Wähler laut Umfragen eine Zwei-Staaten-Lösung befürworteten und von der Hamas vor allem eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erwarteten – die Hamas, seit Jahren erfolgreich mit ihrer Sozial- und Bildungsarbeit, just jetzt nicht liefern kann.

Jahrelang konnte die Hamas politisches Kapital anhäufen mit dieser Mischung aus Ablehnung von Arafats Kompromisskurs und utopischen Anleihen aus der islamischen Heilslehre. Seit dem Moment des Wahlsiegs aber lebt sie politisch vom Ersparten, gefangen zwischen all den Widersprüchen eines militärischen und politischen Flügels, einer moderaten Inlandsführung und einer radikalen Exilführung in Damaskus. Sie möchte sich weiterhin am liebsten – wie gewohnt – alle Optionen offen halten, aber da sich der Kuchen bekanntlich nicht gleichzeitig behalten und verspeisen lässt, wird sie sich bewegen müssen.

Hamas' Wahlsieg legte schlagartig die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf allen Seiten bloß.

⁵ *Middle East Report*, Nr. 238, Frühjahr 2006, S. 3.

⁶ *New York Times*, 16.2.2006.

Ist der Nahe Osten noch zu retten?

In Ägypten, wo die Wahlen weit weniger fair abliefen und Mubaraks mühsam kaschierte Diktatur die Macht kaum freiwillig aufgab, hatten sich die Muslimbrüder von vornherein eine Selbstbeschränkung von 150 Kandidaten auferlegt,⁷ um nur ja nicht zu gewinnen – vor allem, um Verbot und Zerschlagung zu verhindern, wie es der FIS in Algerien 1991 nach ihrem Sieg erging, aber auch, um nicht allzu rasch in Verantwortung für einen Staat zu geraten, dessen Misere man beklagen, aber nicht so leicht verändern kann.

Das penetrant betonte Primat des Glaubens und andere oberflächliche Ähnlichkeiten zwischen den im nationalen Rahmen agierenden Gruppen und den Al-Qaida-Internationalisten haben lange Zeit den Blick für die fundamentalen Unterschiede getrübt und Ängste geschürt, dass die demokratische Toleranz der Islamisten nur für „one man, one vote – one time“ gelte, die Ausnutzung der Spielregeln zur Abschaffung derselben. Aus diesem Grund fand der Putsch der algerischen Militärjunta gegen die siegreiche FIS 1991 auch die weitgehende, fatale Billigung der Europäer. Ein Bürgerkrieg mit über 100 000 Toten war die Folge, und bis heute regieren die Generäle das Land.

Dabei geben die bisherigen Erfahrungen mit erfolgreichen islamistischen Gruppierungen eher Anlass zur Hoffnung als zur Furcht: In der Türkei herrscht die aus einer islamistischen Partei hervorgegangene AKP und hat sich stärker in Richtung europäischer Standards bewegt als das kemalistische Militär, das gerade wieder den Bürgerkrieg mit der PKK schürt, um sich un-

Seit dem Moment des Wahlsiegs lebt die Hamas politisch vom Ersparnen.

verzichtbar zu machen. In Jordanien, Algerien und Marokko gibt es starke Fraktionen islamistischer Parteien, die weniger den Staat islamisiert als sich selbst dabei modernisiert haben. In Marokko ist es König Mohammed VI. – in Kooperation mit der „Partei für Gerechtigkeit

und Entwicklung“ und deren hohem Anteil an Parteifunktionärinnen – sogar gelungen, das Familienrecht für Frauen gerechter zu gestalten: Sexuelle Diskriminierung ist seither strafbar, auch Frauen können die Scheidung einreichen, Polygamie und Zwangsverheiratung wurden erschwert. In den acht Städten, in denen die Islamisten bereits regieren, verzichten sie auf das Verbot des Alkoholausschanks und des Tragens von Bikinis⁸ – so wie die Hisbollah in den achtziger Jahren im Libanon rasch begriff, dass sie ihre Wähler verliert, wenn sie libanesischen Schiiten das gemeinsame Baden am Strand oder den Arak-Genuss verbietet.⁹

Die Apologeten der Unvereinbarkeit von Demokratie und Islam übersehen oft, dass die angeblich eherne Glaubensprägung der islamischen Gesellschaften mitnichten bruchlos seit den Zeiten des Propheten existiert, sondern noch vor drei, vier Jahrzehnten eine weit geringere Rolle spielte. Gamal Abdel Nasers Ideen des panarabischen Nationalismus, sozialistische und eher der NS-Ideologie entlehnte Versatzstücke der Baath-Parteien, starke kommunistische Bewegungen etwa im Irak mobilisierten die Massen mehr als Glaubens-traditionen. Der Islam – in seinen höchst unterschiedlichen politischen Ausformungen wie den Muslimbrüdern in Ägypten oder Khomeinys Konzept von der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ – war ein politisches Angebot unter mehreren. Und ausgerechnet die islamische Revolution im Iran, die Khomeiny 1979 zum Sieg führte, basierte eben gerade nicht auf traditionellen Mustern,

⁷ *New York Times*, 8.12.2005.

⁸ *Der Spiegel*, 9.1.2006.

⁹ Hala Jaber: *Hezbollah. Born with a vengeance*, New York 1997, S. 30 und S. 161.

Ist der Nahe Osten noch zu retten?

sondern auf dem Bruch mit ihnen: Für seine revolutionäre Neuerung, dass die Geistlichen sich von der weltlichen Macht nicht fernhalten, sondern selbige übernehmen sollten, wurde Khomeiny lange vor 1979 von Kleriker-Kollegen als „Falsafist“, als Philosoph, Denker, Ketzler gemieden.

Der Erfolg der islamistischen Parteien liegt nur bedingt an ihrem Programm. Aber selbst ihr Programm ist nicht allein Ausdruck einer Reislamisierung *per se*, sondern füllt das ideologische Vakuum in der arabischen Welt, wo alle anderen politischen Entwürfe es nicht vermocht haben, für die Bevölkerung befriedigende Regierungsformen hervorzubringen, respektive pervertiert wurden (wie die „Republiken“ des Iraks unter Saddam und Syriens unter Assad gezeigt haben, die weit unfreier waren und sind als die Monarchien am Golf). Der Islam blieb der einzige Ausweg für die Artikulation oppositioneller Bewegungen, denn ihn konnte kein Herrscher verbieten. Mangels Alternativen wurden die Islamisten zum Gefäß aller politischen Veränderungswünsche.

Aber so, wie nun der religiöse Diskurs der Parteien als Transmissionsriemen politischen Aufbegehrens funktioniert, können die Parteien eben auch nach einem Wahlsieg nicht frei von jenen nichtreligiösen Faktoren agieren, die sie an die Macht gebracht haben. Sie sind an die Zustimmung ihrer Wähler gebunden und werden mit Wahlerfolgen pragmatischer und letztlich säkularer. Dies zumindest ist die parallele Entwicklung in mehreren arabischen Ländern. Staaten, die im Gegensatz dazu auf bloße Repression setzen wie Tunesien, schaffen es zwar, die Islamisten von der öffentlichen Bildfläche verschwinden zu lassen – aber dies um den Preis, sich binnen 15 Jahren von einer potenziellen Demokratie in eine Diktatur zu verwandeln, in der die politischen Freiheiten und Rechte aller Bürger auf der Strecke geblieben sind.

Die Erfolge der islamistischen Parteien werden die extremistischen Konkurrenten der Glaubensauslegung schwächen, denen dieser Korridor der Wandelbarkeit verschlossen bleibt und die an Attraktivität verlieren, sobald sich die Lebensverhältnisse verbessern. Hamas und Hisbollah haben stets auf beide Positionen gesetzt, indem sie sich einen „politischen Arm“ und einen „militärischen Arm“ halten, nicht unähnlich der IRA und Sinn Fein in Nordirland. Al-Qaida hat keinen politischen Arm, den sie ja auch ideologisch überhaupt nicht rechtfertigen könnte. Stattdessen changieren die Erklärungen der Dschihadisten widerspruchsvoll zwischen Verwünschungen des Westens (der den Wahlsieg der Hamas anerkennen sollte) und Drohungen gegenüber der Hamas, die sich aber des üblichen Vokabulars von „Heuchlern“ und „Ungläubigen“ enthalten, denn *das* kann der Hamas niemand vorwerfen.

Der Islam mit seinen fünf Grundpfeilern ist, um Karl Marx zu variieren, lange nur verschieden interpretiert worden; es kommt aber darauf an, ihn zu verändern. Dies wiederum wird nur mit den islamistischen Parteien geschehen können, nicht gegen sie. Über die hat Gamal al-Banna, der Bruder Hassan al-Bannas, des Gründers der Muslimbruderschaft, unlängst die Prognose ausgegeben: „Die wahre Bewährungsprobe steht den Muslimbrüdern bevor, wenn sie mit den Notwendigkeiten einer Regierungsverantwortung beladen werden. Dann werden sie entweder Kompromisse ein- oder untergehen.“¹⁰

¹⁰ *New York Times*, 8.12.2005.

Khomeinys Revolution basierte nicht auf islamischen Traditionen, sondern gerade auf dem Bruch mit ihnen.